

# Religionsunterricht in Berlin

Der Religionsunterricht ist in Berlin freiwillig. Er wird zwar in den Schulgebäuden unterrichtet, doch in vollkommener Eigenverantwortung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Der Staat bezahlt die Lehrer. Rahmenpläne werden zwar vorgelegt, müssen aber nicht genehmigt werden. Die Kirchen lassen sich den Religionsunterricht einiges kosten; etwa drei Viertel der tatsächlichen Kosten erhalten sie vom Staat erstattet, weil sie auch dann Unterricht anbieten, wenn die vereinbarten Gruppengrößen noch nicht erreicht sind.

73,8 Prozent der insgesamt 148 000 Berliner Grundschüler erhalten Religionsunterricht. Von den 109 000 Kindern, die eine Stunde pro Woche außerhalb des Lehrplans in Religion unterwiesen werden, gehen 56 000 in evangelischen, 14 800 in katholischen und 33 200 in den Unterricht des Humanistischen Verbands Deutschland. 3950 Kinder erhalten Islamunterricht von der Islamischen Föderation, 127 besuchen den alevitischen Religionsunterricht. Die Berliner Grundschule umfaßt sechs Klassen.

In den weiterführenden Schulen gehen 46 000 Schüler (25,9 Prozent) in einen Religionsunterricht: 28 000 in den evangelischen, 8800 in den katholischen,

2500 in den des Humanistischen Verbands und 1200 zu „sonstigen“ Anbietern. 73 Schüler besuchen den Religionsunterricht der Islamischen Föderation.

Insgesamt 35 Schulen und 120 Lehrer arbeiten seit 1994 mit einem Modellversuch für den verbindlichen Ethik- und Philosophieunterricht. 4700 Schüler, das sind 2,6 Prozent, nehmen an ihm teil. Bildungssenator Klaus Böger (SPD) schätzt, daß „sieben Achtel“ der 800 Schulleiter für eine entsprechende Regelung seien. Der Versuch sei mit dem Parteitagbeschuß der SPD als „erfolgreich beendet“ anzusehen, sagt der Partei- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller.

Vom Schuljahr 2006/07 an soll, beschloß die SPD, in allen siebten Klassen staatlicher Werteunterricht angeboten werden, den ausdrücklich auch diejenigen nicht abwählen können, die den Religionsunterricht besuchen.

Die Lehrer des neuen Pflichtfachs werden zunächst aus dem Modellversuch und aus dem Kreis der Sozialkunde- und Religionslehrer rekrutiert. Die PDS will keine zusätzliche Stunde in den Lehrplan einfügen, sondern die „interkulturelle Bildung“, wie sie das Fach nennt, aus den Stunden in Sozialkunde, Ge-

schichte und Deutsch nehmen. Böger aber hält es für schwierig, in der Mittelstufe zwei zusätzliche Stunden pro Woche einzufügen, denn vom Schuljahr 2006/07 an wird die Schulzeit auf zwölf Jahre verkürzt, weshalb die Stundenzahl ohnehin erhöht wird.

Im vergangenen Jahrzehnt ist die Zahl der Schüler um ein Viertel zurückgegangen, doch die Zahl der Religionsschüler ist derweil nach Angaben von Bischof Huber um zehn Prozent gesunken. LER hat in Brandenburg, sagt Innenminister Jörg Schönbohm (CDU), dazu geführt, daß Kinder verstärkt den Religionsunterricht besuchen. Auch in Berlin, wo 60 Prozent der Bevölkerung konfessionslos sind, übersteigt die Nachfrage nach Plätzen an Konfessionsschulen das Angebot.

Für das neue Fach gibt es weder einen Lehrplan noch ist bekannt, wie die Werte-Lehrer ausgebildet sein werden. Nur der Beginn des Unterrichts steht fest: nach den Sommerferien 2006. Den Kirchen bietet die SPD an, gelegentlich „authentisch“ im staatlichen Werteunterricht über ihre Religion zu berichten. Nach Auffassung des SPD-Landesvorsitzenden Müller ist kein Gesetz zur Einführung des Werteunterrichts nötig: Eine Verordnung reiche aus. (mk.)